



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD)

Stand vom 25.07.2025 09:45:46 bis 15.09.2025 15:07:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000861
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	25.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Alt-Moabit 96 10559 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493039405170 E-Mail-Adressen: info@uniklinika.de Webseiten: https://www.uniklinika.de/</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

310.001 bis 320.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,96

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jens Scholz MBA**
Funktion: 1. Vorsitzender
2. **Dipl.-Kauffrau Saurin Martina**
Funktion: 2. Vorsitzende
3. **Dipl.-Kaufmann (FH) Jens Bussmann**
Funktion: Generalsekretär
4. **Prof. Dr. Jürgen Graf**
Funktion: Mitglied des Vorstandes
5. **Dr. Harsch Daniela**
Funktion: Mitglied des Vorstandes und Schatzmeisterin
6. **Prof. Dr. Heyo K. Kroemer**
Funktion: Mitglied des Vorstandes
7. **Dr. Robert Jacob**
Funktion: Mitglied des Vorstandes

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Diplom-Politologe Sebastian Draeger MHBA**
2. **Julia Held**
3. **Iris Pöhlmann**
4. **Renate Hoechstetter**
5. **Barbara Ogrinz**
6. **Katrin Beck**
7. **Karolina Stonawska**
8. **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jens Scholz MBA**
9. **Dipl.-Kaufmann (FH) Jens Bussmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

36 Mitglieder am 23.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Deutsche Krankenhausgesellschaft
2. Deutsche Hochschulmedizin
3. Aktionsbündnis Patientensicherheit

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

- Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren
- Gespräche und Informationsaustausch mit Abgeordneten und Ministeriumsvertretern
- Informationsveranstaltungen für politische Entscheidungsträger zu Themen der Universitätsmedizin
- Versand von Informationsmaterialien an politische Entscheidungsträger

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Krankenhausreform für zukunftsfähige Versorgungsstrukturen

Beschreibung:

- Instrumente für eine Krankenhausreform, die zu stärkerer Konzentration und Spezialisierung führen
- möglichst wenige (bundeseinheitlich) Ausnahmetatbestände bei der Einführung von Leistungsgruppen in Verbindung mit Vorhaltefinanzierung
- Abbau vergleichbarer Vorgaben bei Einführung von Qualitätskriterien für Leistungsgruppen, auch im Sinne des Bürokratieabbaus
- Einführung eines Transformationsfonds unter Berücksichtigung der Universitätsklinika
- Koordinierungsfunktion für Universitätsklinika und ggf. Maximalversorger
- umfassende Refinanzierung der Mehrausgaben durch Tarifverträge

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur

Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPfLV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

2. digitale Durchdringung des Gesundheitswesens zur Verbesserung von Versorgung und Forschung

Beschreibung:

- opt-out-Regelung bei der Bereitstellung der elektronischen Patientenakte für Patienten
- opt-out-Verfahren für die Datenfreigabe zu Forschungszwecken aus der elektronischen Patientenakte
- Vereinheitlichung der Regelungen zur Eigenforschung von Leistungserbringern
- Ausbau einer dezentralen Gesundheitsdateninfrastruktur
- Federführungsprinzip in der Datenschutzaufsicht
- die im Forschungsdatenzentrum vorliegenden Abrechnungsdaten breiter und schneller in die Nutzung bringen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9788 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/9048 - Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens - (Digital-Gesetz - DigiG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/4670 - Medizinbürokratismus stoppen - Behandeln statt verwalten

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9785 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/9046 - Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz - GDNG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

3. Transparenz über abgestufte Krankenhausversorgung

Beschreibung:

- Transparenz über Leistungsbereiche und Versorgungsstufen in der Krankenhausversorgung erhöhen durch Etablierung von Leveln
- umfassender wissenschaftlich akzeptierter methodischer Ansatz für risikoadjustierte Qualitätsbewertung, um Qualität der Krankenhausversorgung realistisch darzustellen und Fehlanreize wie die Vermeidung von komplikations- und risikobehafteter Behandlungen zu verhindern

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8904 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Drucksache 20/8408 - Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz - (Krankenhaustransparenzgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

4. Modellvorhaben zur Diagnostik/Therapiefindung mittels Genomsequenzierung**Beschreibung:**

Das Modellvorhaben kann nur umgesetzt werden, wenn die Vorgaben zu Art und Umfang der Daten auch realistisch von den Leistungserbringern erfüllt werden können und alle Elemente der Dateninfrastruktur (klinische Datenknoten, Genomrechenzentren, Vertrauensstelle und Plattformträger) einwandfrei funktionieren. Daten die objektiv nicht ermittelbar sind, dürfen nicht in der Dateninfrastruktur abgebildet werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 257/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zum Modellvorhaben zur umfassenden Diagnostik und Therapiefindung mittels Genomsequenzierung bei seltenen und bei onkologischen Erkrankungen (Genomdatenverordnung - GenDV)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Verordnung zum Modellvorhaben Genomsequenzierung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

5. Medizinische Forschung vereinfachen und beschleunigen**Beschreibung:**

Mit Standardvertragsklauseln sollen die Vertragsverhandlungen zwischen Sponsor und durchführender Einrichtung beschleunigt werden. Hierzu sollte auf die bereits von den Verbänden MFT, VUD,

KKS-Netzwerk, vfa, BPI und BVMA fertig ausgehandelten Mustervertragsklauseln zurückgegriffen werden.

Es besteht Handlungsbedarf, mehr Harmonisierung, Verbindlichkeit, Schwerpunktbildung und effiziente Arbeitsteilung bei den Ethikkommissionen zu erreichen.

Mit dem Medizinforschungsgesetz sollen die pharmazeutischen Unternehmen die Möglichkeit

erhalten, vertrauliche Erstattungsbeträge bei Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen mit dem GKV-SV zu

vereinbaren. Dies führt zu weiteren bürokratischen Lasten und auch zu weitergehenden

Fragen, was
die Vertraulichkeit bei der Abrechnung im Krankenhaus angeht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11561 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AMG 1976 [alle RV hierzu]; MPDG [alle RV hierzu]; StrlSchG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

6. Verordnung über die Grundsätze der Personalbedarfsbemessung in der stationären Krankenpflege

Beschreibung:

Generell lässt der Entwurf offen, wie eine über alle Krankenhäuser einheitliche Erfassung der PPR-Einstufung gelingen kann und strategische Entscheidungen gerade auf Grund angekündigter Sanktionen vermieden werden können. Der Sinn eines weiteren Steuerungsinstruments für die Personalausstattung in Krankenhäusern ist fraglich.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 65/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung über die Grundsätze der Personalbedarfsbemessung in der stationären Krankenpflege (Pflegepersonalbemessungsverordnung - PPBV)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

7. biomedizinische Forschung weiterhin ermöglichen

Beschreibung:

Die in der Novelle des Tierschutzgesetzes angedrohte Freiheitsstrafe für das Töten eines Wirbeltieres ohne "vernünftigen Grund" stellt für Forschende eine erhebliche Rechtsunsicherheit dar. Wenn Versuchstiere (v.a. Mäuse) gezüchtet werden, werden auch Tiere geboren, die z.B. auf Grund ihres Geschlechtes, ihres Genotyps oder ihres Alters nicht für die geplanten Versuche verwendet werden können und deshalb aus Kapazitätsgründen getötet werden müssen. Es ist damit zu befürchten, dass sich in Zukunft keine Wissenschaftler mehr dazu bereit erklären werden, entsprechende Forschungsvorhaben durchzuführen. Das hätte mittel- bis langfristig fatale Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort und die Gesundheitsversorgung in Deutschland.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12719 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnis-Handels-Verbots gesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

8. Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses**Beschreibung:**

Überführung der Besonderheiten für Mediziner in das Ärztebefristungsgesetz

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 156/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMBF) (20. WP): Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11559 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMBF) (20. WP): Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [alle RV hierzu]; ÄArbVtrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

9. Pflegekompetenz erhöhen und Effizienz im Gesundheitswesen verbessern**Beschreibung:**

Erbringung weitergehender heilkundlicher Leistungen durch Pflegefachpersonen, um die Effizienz in der Gesundheitsversorgung zu verbessern

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14988 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz (Pflegekompetenzgesetz - PKG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; PflegeZG [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

10. Reform der Notfallversorgung

Beschreibung:

Verbesserung der Patientensteuerung in der Notfallversorgung

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 379/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]; ApoG [alle RV hierzu]; AMG 1976 [alle RV hierzu]; MPAV [alle RV hierzu]; KHSFV [alle RV hierzu]; ZO-Ärzte [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

11. Einbeziehung der Hochschulkliniken in den Krankenhaustransformationsfonds

Beschreibung:

Die Verordnung zum Krankenhaustransformationsfonds gründet auf dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG). Die Verordnung lässt die Hochschulkliniken bei der Förderung der Transformation der Krankenhauslandschaft weitestgehend außen vor. Dies widerspricht der Intention der Rechtsgrundlage im KHVVG. Universitätsklinika müssen daher umfassend förderfähig im Transformationsfonds sein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 64/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich (Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung - KHTFV)

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

12. Änderung und Ergänzung der EU-Arzneimittelrichtlinie

Beschreibung:

Der Richtlinienvorschlag ist Teil der umfassendsten Reform des EU-Arzneimittelrechts seit 20 Jahren. Aus Sicht des VUD ist hierbei die Fortführung der Regelung zur Krankenhausausnahme für Arzneimittel für neuartige Therapien (ATMP hospital exemption) besonders wichtig. Diese ermöglicht die Forschung und Entwicklung von revolutionären Therapieoptionen, insbesondere für seltene und onkologische Krankheiten, für die bisher oft keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung standen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 452/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Unionskodexes für Humanarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/83/EG und der Richtlinie 2009/35/EG

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

13. Vorschläge zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Rahmen der Koalitionsverhandlungen

Beschreibung:

Krankenhausreform umsetzen und Netzwerkstrukturen ausbauen

Hochschulambulanzen stärken

Resilienz erhöhen

Wissenschaftsgetriebene Forschung unterstützen

Gesundheitsdatennutzung ermöglichen

Innovationszentren implementieren

Regulierungen verringern

Bürokratie abbauen

Akademisierung und Ausbildungsreform vorantreiben

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; TierSchVersV [alle RV hierzu]; TierSchG [alle RV hierzu]; AMG 1976 [alle RV hierzu]; WissZeitVG [alle RV hierzu]; GDNG [alle RV hierzu]; KHTFV [alle RV hierzu]; BSI-KritisV [alle RV hierzu]; GIV [alle RV hierzu]; ÄApprO 2002 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506230033 \(PDF - 18 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.610.001 bis 2.620.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

VUD_Jahresabschluss-2024.pdf